Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 59

Donnerstag, 4. Februar 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25941. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 60 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Krisenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 20 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1066 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Fortgang der Reparationsverhandlungen

Pariser Zusammenkunft Laval – Macdonald – Brüning?

Paris, 4. Februar. Die Genfer Abrüstungskonferenz und die Ereignisse im Fernen Osten füllen auch am heutigen Donnerstag die Spalten der großen Pariser Blätter.

Als besonderes Ereignis hebt man die Tatsache hervor, daß der Führer der französischen Abordnung, Kriegsminister Tardieu, das Wort sofort nach dem englischen Außenminister ergreifen wird

und nicht erst, wie dies anscheinend zunächst in seiner Absicht gelegen hat, die Ausführungen des Reichskanzlers Brüning abwartet. Diese neue Taktik wird von den Blättern verschieden ausgelegt. Während die einen behaupten, daß der französische Kriegsminister beabsichtige, die gesamte Aussprache durch seine Rede von vornherein auf das richtige Gleis zu führen, betonen die anderen, daß sich Tardieu bei seinem Entschluß von einer Art Höflichkeit habe leiten lassen. Er wolle nicht nach dem Reichskanzler sprechen, da er dann gezwungen sei, sofort gegen die deutsche These Stellung zu nehmen und zu polemisieren. Seine Ausführungen würden nunmehr den Charakter einer nochmaligen eingehenden Darlegung des französischen Standpunktes zur Abrüstungsfrage haben. Pertinax erklärt im „Echo de Paris", daß der amerikanische Vertreter Gibson sich in seiner Rede stark zurückhalten werde. Die plötzliche Erkrankung des englischen Ministerpräsidenten hat auch in französischen Kreisen in Genf die verschiedensten Gerüchte aufkommen lassen. **Der außenpolitische Berichterstatter des „Excelsior" glaubt zu wissen, daß gewisse Strömungen im Gange seien, um eine Zusammenkunft Macdonalds mit Brüning und Laval in Paris herbeizuführen. Diese Zusammenkunft solle jedoch ausschließlich der Reparationsfrage gewidmet sein, die augenblicklich schwer auf der Abrüstungskonferenz laste.**

Die Konstituierung der Genfer Ausschüsse

Genf, 4. Februar. Ueber die Vorbereitungen zur Konstituierung der Konferenzausschüsse macht das hier erscheinende „Journal des Nations" nähere Mitteilungen, die zeigen, daß schon bei den technischen Plänen die politischen Gegensätze eine Rolle spielen.

Dem Blatt zufolge soll Henderson die Absicht haben, die Konferenz zu beschleunigen und vor allem die allgemeine Aussprache so rasch wie möglich abzuschließen.

Aus den weitgehenden Befugnissen des Präsidenten ergibt sich die Wichtigkeit der Frage, welche Staaten in dem Präsidialbüro vertreten sein sollen. Von größter politischer Bedeutung ist die noch nicht geklärte Frage des

Vorsitzes der Generalkommission,

der die eigentliche politische Arbeit der Konferenz zufallen wird. „Journal des Nations" nennt für diesen Posten zwei Namen, die keinesfalls auf allgemeine Zustimmung rechnen können: den tschechischen Außenminister Benesch und den griechischen Gesandten Politis. Außerdem spricht das Blatt von der Tendenz, Titulescu zum ersten Vizepräsidenten zu ernennen damit er gegebenenfalls Henderson „bei seiner schweren Verantwortung unterstützen soll". Eine sehr starke Opposition habe sich gestern gegen die Wahl eines japanischen Vizepräsidenten geltend gemacht. Zur Ueberwindung dieser Schwierigkeit seien Verhandlungen im Gange, durch die der Beginn der Vollsitzung am Donnerstagnachmittag verzögert werden könnte.

Botschafter v. Nadolny, der in den letzten Tagen mit Vertretern Englands, Italiens, Norwegens, Ungarns und der Sowjetunion Fühlung genommen hat, wird auch, vielleicht schon heute nachmittag, eine Begegnung mit Tardieu haben.

Brüning fährt Sonnabend nach Genf

Berlin, 4. Februar. Es darf nunmehr als sicher bezeichnet werden, daß der Reichskanzler zusammen mit Staatssekretär v. Bülow am Sonnabend nach Genf reist.

Aus Genf wird dazu gemeldet: Die Mitteilung, daß Reichskanzler Brüning am Sonntag hier eintreffen wird, um in der am Montag beginnenden Generalaussprache der Abrüstungskonferenz den Standpunkt der Reichsregierung zur Abrüstungsfrage darzulegen, hat hier starke Beachtung gefunden und wird in deutschen Kreisen aufs lebhafteste begrüßt. Der Reichskanzler wird, wie verlautet, am Sonntag um 17 Uhr in Begleitung des Staatssekretärs von Bülow für drei oder vier Tage in Genf eintreffen. Für die kurze Dauer des Aufenthaltes des Reichskanzlers wird ein genaues Programm ausgearbeitet werden, da der Reichskanzler die wenigen Tage seines Aufenthaltes in Genf voll ausnutzen möchte. **Das außerordentlich gedrängte Programm wird Unterredungen mit Tardieu, Simon, Grandi und Gibson vorsehen.**

Eine neue Reichsnotverordnung

Stuttgart, 4. Febr. Finanzminister Dr. Dehlinger erklärte in einer Versammlung in Freudenstadt, daß im Laufe des Februar oder März eine neue Notverordnung der Reichsregierung zu erwarten sei, die vor allem ihren Grund in den

immer unhaltbarer werdenden Verhältnissen Preußens

habe, dessen Finanzminister es vorziehe, unpopuläre Maßnahmen nicht selbst zu treffen, sondern durch das Reich durchführen zu lassen. Sollten durch diese Notverordnung der württembergischen Regierung neue Mittel zur Verfügung gestellt werden, dann werde sie nicht versäumen, sobald als möglich damit den Gemeinden zu helfen. Bezüglich der Einführung der Arbeitsdienstpflicht, für die er sich stets eingesetzt habe, erklärte der Minister, daß die Reichsregierung deshalb keine Schritte unternehme, weil die Gewerkschaften den Gedanken ablehnten und die Reichsregierung glaube, einstweilen auf die Unterstützung der Gewerkschaften nicht verzichten zu können.

Bei der von Dr. Dehlinger angekündigten neuen Notverordnung handelt es sich, wie der Vertreter der Telegraphenunion erfährt, um das sogenannte Sperrgesetz bezüglich der Grundstücks-, Gebäude- und Gewerbesteuer, das notwendig ist, da das Steuereinheitsgesetz in großen Teilen des Reiches nicht am 1. April 1932 in Kraft tritt, sondern frühestens im nächsten Jahre; deshalb sind hier weitere ergänzende Bestimmungen notwendig.

Relegationen an der Berliner Universität

Berlin, 4. Febr. Der Akademische Senat hat auf Grund der Ergebnisse der Untersuchungen über die Unruhen in der Universität am 21. und 22. Januar beschlossen, drei Studenten, von denen zwei Mitglieder des nationalsozialistischen Studentenbundes sind, von der Universität zu verweisen und einen nationalsozialistischen Studenten mit der Androhung der Entfernung zu bestrafen. Außerdem ist ein Student, der der sozialistischen Studentenschaft angehört, wegen Körperverletzung eines anderen Studenten von der Universität verwiesen worden.

Nach Bekanntwerden des Senatsurteils kam es zwischen 11 und 12 Uhr zu neuen Zusammenstößen. Der Sicherheitsdienst in der Universität war demgegenüber so machtlos, daß ein Polizeiüberfallkommando herbeigerufen werden mußte, das die Universität mit Hilfe des Gummiknüppels räumte. Dabei wurden insgesamt zehn Studenten zwangsgestellt, darunter sechs Nationalsozialisten. — Der Rektor hat die Universität für heute geschlossen.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Heß †

Berlin, 4. Febr. Der Vorsitzende der preußischen Zentrumsfraktion, Regierungsdirektor Dr. Heß, ist im Berliner St.-Norbert-Krankenhaus am Donnerstag früh verschieden. Er hatte sich vor einiger Zeit wegen eines ernsten Leidens ein Bein amputieren lassen müssen und befand sich bereits auf dem Wege der Besserung, als ihn eine Grippe befiel, die durch eine Lungen- und Rippenfellentzündung kompliziert wurde. Dr. Heß stand erst im 54. Lebensjahre. Er war in Köln geboren und widmete sich dem Schulwesen als Schulrat und späterer Leiter der Schulen- und Kirchenabteilung bei der Regierung in Koblenz. In der verfassunggebenden Landesversammlung und in den bisherigen Landtagen vertrat er den Wahlkreis Koblenz-Trier. Er war vorher bereits von 1908 bis 1915 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses gewesen.

Dr. Heß galt als der ausschlaggebende Politiker, der in den vergangenen Jahren an der Linksrichtung des preußischen Zentrums und an der Aufrechthaltung der Koalition mit den Sozialdemokraten festgehalten hat. In Regierungskreisen wird gesagt, daß der Tod des Abgeordneten Dr. Heß, besonders in dieser kritischen Zeit, vor den schwierigsten Neuwahlen, die der Landtag in den letzten Jahren hatte, nicht nur für das preußische Zentrum, sondern auch für die Koalition der Regierung Braun ein besonders schwerer Schlag ist.

Die „Sensation" um Hitler

Aufregung um eine abgetane Sache

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 4. Februar. Die Mitteilungen, die die thüringische Staatsregierung über den Versuch des damaligen thüringischen Ministers Dr. Frick gemacht hat, Adolf Hitler die Staatsangehörigkeit durch Betrauung mit einer Beamtenstelle zu beschaffen, bilden die Sensation der Berliner Presse. Die Vorgänge in Genf und China läßt man um des Kampfes um Adolf Hitlers Staatsangehörigkeit völlig in den Hintergrund treten. Als besonders sensationell behandelt die Linkspresse die Angelegenheit, die sich in Verunglimpfungen Hitlers und namentlich Fricks gar nicht genug tun kann. „Plumpes Manöver", „Fricks mißglückte Schiebung", „Komödie um Hitler", „Schiebung mit der Staatsangehörigkeit", das sind so einige kennzeichnende Ueberschriften, die über den Begleitglossen der Linksblätter zu den Mitteilungen der thüringischen Regierung stehen.

Man übersieht geflissentlich, daß Adolf Hitler es ja abgelehnt hat, auf die von Dr. Frick vorgeschlagene Weise die Zugehörigkeit zu einem deutschen Staat zu erwerben,

um so Reichsdeutscher zu werden. Man übersieht auch ganz und gar, daß Hitler drei Monate nach der angeblichen Einbürgerung im Verlaufe des bekannten Scheringerprozesses in Leipzig unter Eid aussagte, daß er staatenlos sei. Man wird Adolf Hitler wohl zutrauen dürfen, daß er sich über das Wesen des Eides im klaren ist und daß seine eidlichen Aussagen anders gelautet hätten, wenn der von Dr. Frick unternommene Einbürgerungsversuch für ihn schon zu diesem Zeitpunkt nicht vollständig erledigt gewesen wäre.

Das Treiben der Linken, der alles recht ist, um einen ihr unbequem gewordenen Mann wie Hitler im Zustand des staatenlosen Ausländers zu belassen, steht, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" heute mit Recht hervorhebt, in einem sonderbaren Gegensatz zu dem Vorgang, daß zumal in Preußen „eine große Anzahl recht merkwürdiger Individuen aus dem Osten deutsche Staatsbürger geworden sind und daß man Hitler, der von Stand und Art Deutscher ist, das gleiche Recht verweigern zu müssen glaubt". Ob das Vorgehen Dr. Fricks sehr geschickt war, sei dahingestellt.

Immerhin wird man jetzt die Frage aufwerfen müssen, wie denn Reichspräsident und Reichskanzler mit Hitler als einem Faktor der deutschen Politik unterhandeln konnten, wenn, wie man es auf der Linken so sehnlich wünscht, Hitler nur als „lästiger Ausländer" zu betrachten ist.

Die „Vossische Zeitung" glaubt darauf hinweisen zu müssen, daß Hitler längst die Zugehörigkeit zu einem deutschen Staat hätte erwerben können, denn als Kurt Eisner in München herrschte, hätte man die bayrische Staatsangehörigkeit für 50 Pf. haben können. Daß aber Hitler es ablehnte, nach vier Jahren Kampfes, den er auf reichsdeutscher Seite mitfocht, unter einem Kurt Eisner bayrischer Staatsbürger zu werden, sollte man in der Linkspresse doch einigermaßen würdigen können. Man hätte sicher den Dingen, die jetzt die thüringische Staatsregierung zur Kenntnis der Oeffentlichkeit gebracht hat, kaum die reichlich übertriebene Bedeutung beigemessen, wenn nicht eben die Reichspräsidentenwahl vor der Tür stände und wenn man nicht auf der Linken glaubte, die Befürchtung hegen zu müssen, daß Hitler doch noch die Absicht habe, zu kandidieren. Man sollte die ganze Angelegenheit als das ansehen, was sie in Wirklichkeit ist, nämlich als eine Sache, die für den Hauptbeteiligten,

für Hitler selbst, erledigt und abgetan

ist. „Eine stärkere Propaganda konnte sich jedenfalls Herr Hitler im Augenblick nicht wünschen als die Veröffentlichung seiner Bestallung von 1930" — in dieses Urteil läßt die „DAZ." ihre Betrachtungen über diese Angelegenheit ausklingen; und wäre man auf der Linken klug, so machte man sich im Interesse des Kampfes, den man gegen Hitler führt, eine ähnliche Auffassung zu eigen.

Wie heute vom Reichsinnenministerium mitgeteilt wird, findet zur Zeit noch die Prüfung der Frage statt, ob Dr. Frick Adolf Hitler rechtswirksam zum Beamten ernannt habe. Diese Prüfung dürfte negativ auslaufen, da ja Adolf Hitler es überhaupt ablehnte, in ein Beamtenverhältnis einzutreten. Vom Reichsinnenministerium wird sodann noch betont, daß ein Antrag Hitlers auf Einbürgerung bisher nicht gestellt worden sei.

Mellon Botschafter in London

Washington, 4. Febr. Präsident Hoover hat dem Schatzamtssekretär Mellon den Posten des Botschafters in London angeboten. Mellon hat das Angebot angenommen. — **Unterstaatssekretär Mills ist als sein Nachfolger zum Schatzamtssekretär ernannt worden.**

Oeltankdampfer explodiert – Acht Tote

Neuyork, 4. Februar. In den Docks der Sinclair Oil Company in Marcus-Hook (Pennsylvanien) flog der Oeltankdampfer „Bidwell" in die Luft. Acht Personen wurden getötet, achtzehn verletzt. Die Zahl der Vermißten beträgt vierzehn. Das Tankschiff ist durch die Gewalt der Explosion völlig zerstört worden. Die Ursache des Unglücks ist unbekannt.

Reichspräsidentenwahl am 13. März? Wie die „D.A.Z." meldet, wird die Reichspräsidentenwahl am 13. März stattfinden.